

/// Putins Einfluss in Europa

DEUTSCHLAND, RUSSLAND, DIE UKRAINE UND EUROPA

REINHOLD BOCKLET /// Die Okkupation der Krim durch Russland und die massive Unterstützung ostukrainischer Separatisten durch russische Kräfte haben mit einem Schlag die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Mit seiner aggressiven Expansionspolitik stellt der russische Präsident Wladimir Putin ganz ungeniert die Nach-Wende-Ordnung in Europa in Frage, die die Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen der ehemaligen Satelliten und der Nachfolgestaaten der UdSSR anerkannte.

Russland selbst hatte zusammen mit den USA und Großbritannien im sogenannten Budapester Memorandum von 1994 den territorialen Bestand der Ukraine im Zusammenhang mit deren Verzicht auf Atomwaffen vertraglich garantiert. Der Westen erlebt nun ein Russland, das sich nicht mehr an den vereinbarten Konsens über Sicherheit in Europa gebunden fühlt, der in der KSZE-Schlussakte, der Charta von Paris von 1990 und weiteren Vereinbarungen

festgeschrieben wurde. Wörtlich heißt es in der Präambel der Charta: „Das Zeitalter der Konfrontationen und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“ Dies waren ein schöner Traum und ein Missverständnis nach dem Ende des Kalten Krieges.

Realpolitische Gegebenheiten vernachlässigt

Das neoimperialistische Verhalten Russlands hat weitreichende Auswirkungen auf die EU, den Westen insgesamt und auf die internationale Sicherheit. Es scheint, dass mit dem Jahr 2014 eine Phase zu Ende gegangen ist, die mit den friedlichen Revolutionen in Ostmittel-

Russlands **OKKUPATION** der Krim hat Europas Sicherheitslage grundlegend verändert.



Die Ukraine gedenkt der Menschen, die bei den Massenprotesten des „Euromaidan“ im Jahr 2014 gestorben sind.

europa begonnen, im Fall der Berliner Mauer ihr historisches Symbol gefunden und die Welt mit der Erwartung erfüllt hat, dass sich die Ideen und Werte des Westens allgemein, zumindest aber auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion durchsetzen würden. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in Europa zwischen Ost und West schien gebannt. Es war sogar vom Ende der Geschichte die Rede. Im idealistischen Überschwang der 1990er-Jahre wurden die realpolitischen Gegebenheiten vernachlässigt. Von diesem etwas naiven Blick muss sich der Westen inzwischen gründlich verabschieden.

Europa ohne trennende Einflusszonen

Als Russland 1991 unter Präsident Boris Jelzin das außenpolitische Erbe der aufgelösten Sowjetunion antrat, waren die

Erwartungen und Hoffnungen auf beiden Seiten zunächst hoch gesteckt. Die Überlegungen zur Sicherheit Europas beruhten seit Beginn der 90er-Jahre auf der Vorstellung einer ganz Europa einschließlich Russland und der post-sowjetischen Nachfolgestaaten umfassenden Partnerschaft ohne trennende Einflusszonen. Im Westen war die Hoffnung verbreitet, dass sich Russland demokratisieren und nach einer Phase erfolgreicher Reformen in den Rahmen der Welt der demokratischen Staaten eingliedern würde. Auf russischer Seite wurde als Ziel sogar die Eingliederung Russlands in die „zivilisierte Staatenwelt“ (Boris Jelzin) formuliert. Präsident Jelzin forderte aber schon 1993, dass ausländische Regierungen und internationale Organisationen der Russischen Föderation besondere Vollmachten als Garantien für Friede und Stabilität in

den früheren Regionen der UdSSR zugehen müssten. Als wichtiger Schritt in Richtung Zusammenarbeit galt das im Juni 1994 abgeschlossene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland, das aber erst zum 1. Dezember 1997 ratifiziert wurde. In der 1999 beschlossenen gemeinsamen Strategie wurde das Verhältnis der EU zu Russland als eine „strategische Partnerschaft“ definiert. 2002 gelangte man in der Kaliningrad-Frage zu einer gütlichen Einigung

Osterweiterung der EU verändert Blickwinkel

Die Osterweiterung mit der Aufnahme der ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten am 1. Mai 2004 brachte auf beiden Seiten einen veränderten Blickwinkel in die Beziehungen der EU zu Russland. Die neuen Mitgliedstaaten hatten ihre spezifischen Erfahrungen mit Kommunismus und Sowjetdiktatur gemacht und sich aus eigener Kraft daraus befreit. Sie stehen Russland als Rechtsnachfolger und Kernland der ehemaligen Sowjetunion überwiegend mit deutlichen Vorbehalten gegenüber. Die Aggression Russlands in der Ukraine hat in einer Reihe dieser Staaten inzwischen zu Unruhe und Besorgnis geführt. Für Russland rückte die Europäische Union mit der Osterweiterung unmittelbar an die eigenen Grenzen heran und erfasste damit einen großen Teil des Gebiets der ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR. Dessen ungeachtet haben sich im Mai 2005 die EU und Russland im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nach langen und zum Teil zähen Verhandlungen auf die Schaffung von vier sogenannten „gemeinsamen Räumen“ (Wirtschaft; Frei-

Die neuen EU-Mitgliedstaaten stehen Russland mit deutlichen VORBEHALTEN gegenüber.

heit; Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung, Bildung und kulturelle Aspekte) geeinigt. Die Fortsetzung liegt aber seit dem Georgien-Konflikt 2008 auf Eis. 1996 trat das OSZE-Mitglied Russland dem Europarat bei und unterliegt seitdem auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wobei allerdings das russische Verfassungsgericht im Juli 2015 entschieden hat, dass russisches Recht Vorrang vor internationalen Normen hat.

Kein Verzicht der NATO auf Osterweiterung

Mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990, der die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte, wurde festgelegt, dass ausländische Truppen auf ostdeutschem Gebiet weder stationiert noch dorthin verlegt werden dürfen. In einem Interview im Jahr 2004 hat im Übrigen Michail Gorbatschow der Behauptung widersprochen, ihm sei in Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung ein Verzicht auf eine Ost-Erweiterung der NATO zugesagt worden, zumal zu diesem Zeitpunkt noch der Warschauer Pakt existierte. Seit dem Ende des Warschauer Paktes im Jahr 1991 arbeiteten die NATO und Russland in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zusammen. Obwohl bereits 1991/92 ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten da-

rauf drängten, Mitglieder der NATO und der EU zu werden, zögerte die NATO lange und suchte zunächst, Zeit zu gewinnen. So wurde 1994 die Russische Föderation Mitglied im Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Mit Unterzeichnung der „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation“ vom Mai 1997 wurde die Kooperation gefestigt und als Konsultationsforum der „Ständige Gemeinsame NATO-Russland-Rat“ geschaffen. Im Jahr 2001 hat die NATO ein Informationsbüro in Moskau eingerichtet und Russland eröffnete eine Ständige Vertretung beim NATO-Hauptquartier in Brüssel und das Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) in Mons. Die Kooperation mit der NATO trat mit der Vereinbarung des NATO-Russland-Rates im Mai 2002 in eine neue Phase, die neben der politischen Konsultation und Kommunikation auch die praktische Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten vorsah. Sie beinhaltete aber kein Vetorecht Russlands in der Allianz. Parallel zur vertraglichen Verdichtung der Beziehungen zu Russland hat sich die NATO ab 1999 schrittweise erweitert. Zuerst traten Tschechien, Ungarn und Polen der Allianz bei, denen im Jahr 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien und 2009 Albanien und Kroatien als NATO-Mitglieder folgten.

Irritationen und Frustrationen in Russland

Die massiven Erweiterungen von NATO und EU und die Pläne zum Aufbau von Raketenabwehrsystemen gegen Nordkorea und Iran in Europa lösten in Russland trotz der vertraglichen Beziehun-

gen Irritationen und Frustrationen aus, die 2002 durch die Kündigung des 1972 geschlossenen ABM-Vertrages durch die USA noch verstärkt wurden und in der russischen Militärdoktrin von 2005 zu einer Neubewertung der Sicherheitslage führten. Es gab auch schon Zeichen, die auf eine Neuorientierung der russischen Politik hindeuteten. So beanspruchte Präsident Putin im Jahr 2004 die weltweite Verantwortung für den Schutz von 25 Millionen Russen, wofür er notfalls auch seine Streitkräfte einsetzen wollte. Im Jahr 2007 warnte der russische Präsident auf der Münchner Sicherheitskonferenz den Westen, dass er eine weitere Ausdehnung des Einflusses der USA, der EU oder der NATO in Richtung Russland nicht hinnehmen werde. Er forderte Respekt für Russland als Weltmacht Nummer Zwei und Anerkennung seiner Einflusszone. Nachdem

**Putin fordert Respekt für Russland
als WELTMACHT Nummer Zwei.**

die NATO wegen des Georgien-Konflikts die Arbeit des NATO-Russland-Rates 2008 ausgesetzt hatte, wurden die Gespräche aber im März 2009 wieder aufgenommen. Am 1. April 2014 stoppte die NATO schließlich als Reaktion auf die Ukraine-Krise die militärische Zusammenarbeit mit Russland, setzte jedoch die Kooperation auf der diplomatischen Ebene im NATO-Russland-Rat fort. Die NATO verständigte sich angesichts der russischen Aggression auf

eine nicht dauerhaft in den osteuropäischen Staaten stationierte schnelle Eingreiftruppe für diese NATO-Staaten, wobei die Bundesrepublik Deutschland auf die Feststellung Wert legte, dass diese Maßnahme im Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 stehe. Im Frühjahr 2015 richtete die NATO angesichts der zahlreichen Flugmanöver russischer Kampffjets im europäischen Luftraum einen direkten Draht zum russischen Militär ein.

Kein gemeinsames Werteverständnis

In der Praxis hat sich von 1990 bis in die letzten Jahre ein dichtes Netz an gegenseitigen Bindungen zwischen dem Westen und Russland herausgebildet. Aus russischer Sicht stand vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowohl mit Deutschland als auch mit der EU im Vordergrund. Eine Einflussnahme auf die inneren Verhältnisse Russlands ist in diesem Rahmen nicht vorgesehen und auch nicht erwünscht. Putin stand den Kooperationsangeboten des Westens zunehmend zwiespältig gegenüber. Einerseits erhoffte er sich einen Beitrag zur Modernisierung seines Landes, andererseits befürchtete er Überfremdung, „kapitalistische Ausbeutung“ und vor allem seit der Orangen Revolution in der Ukraine 2004 den demokratischen Bazillus und die Einflussnahme des Auslands, insbesondere der USA. Hinzu kam, dass die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als loser Zusammenschluss von Teilrepubliken der ehemaligen UdSSR und russische Einflusszone nicht vorankommt. Auch die am Vorbild der EU orientierte Eurasische Wirtschaftsunion von Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgistan steht erst am Anfang. Lange Zeit

hatte Putin erfolglos versucht, die Ukraine in die Planungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion einzubeziehen. Seit der Okkupation der Krim und der Unterstützung der Separatisten im Donbass ist ein Beitritt der Ukraine aber unwahrscheinlich geworden.

Autoritäres Regierungssystem

Putins Regierungszeit ist gekennzeichnet von einer schrittweisen Rückkehr Russlands zu einem autoritären Regierungssystem und von dem imperialistischen Versuch der Wiedergewinnung der Weltmachtrolle, die der der USA ebenbürtig ist. Dazu gehört auch die Sicherung des postsowjetischen Raumes des sogenannten nahen Auslandes als russische Einflussphäre. Den Hintergrund für diese Entwicklung bilden die fehlende bürgerliche und demokratische Tradition Russlands, der erhebliche technologische Rückstand, die anhaltende wirtschaftliche Schwäche und der massive Bevölkerungsrückgang. Dazu kommen zwei traumatische Erfahrungen der Jelzin-Ära: Das, was damals als Demokratie und freie Marktwirtschaft daherkam, haben viele Russen als politisches Chaos und wirtschaftlichen Niedergang mit gleichzeitiger schamloser Bereicherung einer kleinen Schicht erfahren. Putin selbst hat den Zusammenbruch der Sowjetunion als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Kaum etwas anderes dürfte Wladimir Putin im Übrigen so getroffen haben, wie die abfällige Bemerkung von US-Präsident Obama über die „Regionalmacht“ Russland. Putins innenpolitische Antwort ist seit mehr als einem Jahrzehnt die konsequente Stärkung der Position und Kontrolle der Zentralgewalt gegenüber autonomen Machtpolen in der Gesellschaft ein-

schließlich einer verschärften Gesetzgebung gegenüber NGOs und ausländischen Stiftungen. Konsequenterweise wird diese Politik durch die staatsnahen Medien, insbesondere das staatliche Fernsehen.

Gegenpol zum Westen

Außenpolitisch wird diese Strategie durch einen Neoinperialismus flankiert, der auf die Sammlung der russischen Erde und der Russen, wo auch immer sie sich befinden, ausgerichtet ist. In diesen Kontext gehören auch die eingefrorenen Konflikte in Transnistrien, Bergkarabach, Ossetien und Abchasien. Mit dem forcierten Nationalismus, für den er breite Zustimmung in der Bevölkerung genießt, versucht Putin

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist für Putin die geopolitische KATASTROPHE des 20. Jahrhunderts.

offenbar, Russland als wiederauferstandene Großmacht zu etablieren, um den technologischen Rückstand seines Landes und die wachsende soziale Kluft in der Gesellschaft zu überspielen. Dabei stützt er sich auf den Stolz und das nationale Bewusstsein vom hart erkämpften Sieg der Sowjetunion über Hitler-Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg, der einzig positiven Erinnerung an die Sowjetzeit, mit der gleichzeitig die Verbrechen Stalins aus dem historischen Gedächtnis verdrängt werden. Die Sanktionen des Westens beant-

wortet Putin mit einem Appell an den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung und der Mobilisierung eines antiwestlichen Nationalismus, der sogar bis zur Vernichtung von aus dem Westen eingeführten Lebensmitteln geht. Ideologisch sieht Putin in der Russischen Föderation, zum Teil im Gleichklang mit der russisch-orthodoxen Kirche, das Kernland eines eigenen orthodoxen Kulturkreises, den Gegenpol zum vermeintlich dekadenten Westen und den Hort aller Kräfte der multipolaren Welt, die sich gegen die universelle Geltung der Menschenrechte auflehnen. Er unterstützt Anti-EU-Parteien von links und rechts und all diejenigen, die Europa von Amerika abkoppeln und das Atlantische Bündnis sprengen wollen. Die blutigen Proteste in Kiew im Winter 2013/2014 signalisierten dem Kreml schließlich, dass in der Ukraine westlich-demokratische Ideen an Einfluss gewinnen, sich eine Abkehr nicht nur großer Teile der Bevölkerung, sondern auch der herrschenden Klasse der Oligarchen von Russland vollzieht und die Ukraine für Russland verloren zu gehen droht. Dieser Entwicklung, verbunden mit der Gefahr eines „Maidan in Moskau“, wollte Putin offenbar nicht tatenlos zusehen

Brücke zwischen Ost und West

Die Betrachtung der Beziehungen der EU zu Russland wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung des besonderen deutsch-russischen Verhältnisses, das sich bis heute sowohl durch ausgesprochen intensive wirtschaftliche Beziehungen als auch durch eine sehr große kulturelle Breite und Dichte auszeichnet. Ungeachtet der räumlichen Entfernung und der politischen und sprachlichen Barrieren sind über die Jahrhunderte zwischen

Deutschland und Russland enge Verbindungen entstanden, die auch schwierigsten Zeiten überlebt haben. Deutschland ist heute einerseits fest im Westen verankert, andererseits haben mit dem Ende des Kalten Krieges Deutschlands Rolle als „Brücke zwischen Ost und West“ ebenso wie die tief verwurzelte Tradition

Deutschland ist der größte **HANDELS-PARTNER** Russlands.

deutsch-russischer Zusammenarbeit wieder an Bedeutung gewonnen. Deutschland ist der größte Handelspartner Russlands. Es importiert aus Russland vor allem Erdöl und Erdgas und ist der Hauptlieferant von Investitionsgütern. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts 2014 und den Wirtschaftssanktionen durch die EU ist der bilaterale Handel jedoch belastet. Zugleich ist Deutschland durch kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen in zahlreichen russischen Städten vertreten. Russland bildet den Hauptadressaten der deutschen auswärtigen Kulturpolitik.

Deutsch-russische Beziehungen als Chefsache

Auf Initiative von Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin wurde 1998 die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen gegründet, die 2014 den ersten Band über das 20. Jahrhundert publiziert hat. Seit 1998 fanden die jährlichen Regierungs-

konsultationen als Gipfeltreffen und auf Ministerebene abwechselnd in Deutschland und Russland statt. Als Plattform des zivilgesellschaftlichen Dialogs wurde 2001 von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin der Petersburger Dialog ins Leben gerufen. 2002 wurde Russland auf deutsche Initiative hin Vollmitglied der auf acht Mitglieder erweiterten G8 und erhielt damit die Anerkennung als eine, den großen Wirtschaftsdemokratien des Westens ebenbürtige Macht. 2008 hat Deutschland Russland eine Modernisierungspartnerschaft angeboten, um den technologischen und zivilisatorischen Rückstand Russlands beheben zu helfen. Dahinter stand die Philosophie einer Annäherung durch Verflechtung. Schließlich war es u. a. Deutschland, das 2008 die Aufnahme der Ukraine in die NATO mit Rücksicht auf Russland verhinderte. Das Deutschlandjahr in Russland und das Russlandjahr in Deutschland 2012/13 vergegenwärtigten die vielfältigen Beziehungen und die Hochs und Tiefs zwischen beiden Staaten. Die letzten Jahre sind allerdings von einer wachsenden Entfremdung zwischen Deutschland und Russland gekennzeichnet. Nach der Okkupation der Krim hat sich Deutschland im Übrigen mit dafür eingesetzt, dass Russlands Mitgliedschaft im Kreis der G8-Staaten suspendiert wurde

Ukraine zwischen Westorientierung und russischer Einflusszone

Wie ein Lehrstück zur Ukraine-Politik Russlands stellt sich der Konflikt um Georgien im Sommer 2008 dar. Dieser Konflikt hat gezeigt, dass Russland bereit ist, seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen auch mit militärischen Mitteln zu erreichen. In der Ukraine hatte zu diesem Zeitpunkt bereits

die Orangene Revolution stattgefunden, durch die Viktor Juschtschenko nach wochenlangen friedlichen Protesten und einer Wahlwiederholung im Jahr 2004 als Präsident ins Amt gekommen war. Nachdem sich die beiden Protagonisten der Revolution, Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, heillos zerstritten hatten, gewann die nächste Präsidentschaftswahl 2010 Viktor Janukowytsch, der Gegenkandidat von 2004. Als er sich weigerte, das mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen und stattdessen die Annäherung an Russland suchte, kam es im November 2013 erneut zu gewalttätigen Protesten auf dem Maidan-Platz in Kiew, die aber diesmal blutig verliefen und schließlich zur Vertreibung und Flucht von Präsident Janukowytsch nach Russland führten

Die Ukraine war mit der Osterweiterung der EU zum unmittelbaren Nachbarn der Europäischen Union geworden. Sie ist seit dem Jahr 1991 und erstmals in ihrer Geschichte für eine längere Zeit unabhängig. Die Ost- und Südukraine waren ab Mitte des 17. Jahrhunderts zur russischen Provinz (Neurussland) geworden und nach der Oktoberrevolution unter sowjetischer Herrschaft gestanden, während ein Großteil der Westukraine abwechselnd zu Polen und Österreich-Ungarn gehörte, bevor

Russland ist bereit, seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen mit **MILITÄRISCHEN** Mitteln zu erreichen.

sie von 1945 bis 1991 Teil der ukrainischen Sowjetrepublik war. Die Ukraine wird kulturell nach wie vor geprägt von der Bruchlinie zwischen dem orthodoxen Osten und dem unierten Westen. Alle Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 waren elementar von der inneren Spaltung zwischen der Westorientierung einerseits und engen Beziehungen zu Russland andererseits geprägt.

Annäherung von Ukraine und Europäischer Union

In der Außenpolitik strebten die Ukraine und die EU bereits in den 1990er-Jahren eine Annäherung an, während gleichzeitig gute Beziehungen zu Russland für das Land von elementarer Bedeutung waren, zumal die Ostukraine von einem starken russischsprachigen Bevölkerungsteil bewohnt wird. Nach dem Scheitern der Orangen Revolution und der Wahl von Viktor Janukowytsch zum Präsidenten Anfang 2010 hatte sich die Ukraine wieder stärker Russland angenähert. Im April 2010 hatte Janukowytsch mit Russland die Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim bis 2042 vereinbart. Bis Oktober 2011 verhandelten die Ukraine und die EU über das umfangreiche Assoziierungs- und Freihandelsabkommen, das unter Präsident Juschtschenko in Angriff genommen worden war. Ende März 2012 beschloss die EU, das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen zu paraphieren, um ihren Einfluss auf die Entwicklung in der Ukraine zu behalten. In Kraft gesetzt sollte das Abkommen aber nur werden, wenn die ukrainische Justiz aufhöre, gegen Julia Tymoschenko und andere Oppositionspolitiker vorzugehen. Im August 2013 erklärte Putin, dass Russland im Falle

der Unterzeichnung des EU-Abkommens „Schutzmaßnahmen“ ergreifen werde. Russland verschärfte die Importkontrollen auf ukrainische Güter. Nach einem monatelangen Tauziehen beschloss die ukrainische Regierung schließlich am 21. November 2013 das „Einfrieren des Abkommens mit der EU“, um „die nationalen Sicherheitsinter-

gen wurde jedoch in Abstimmung mit Russland auf den 31. Dezember 2015 verschoben.

Putin beugt einem Maidan in Russland vor

Aus Putins Sicht war mit den Protesten auf dem Maidan die farbige Revolution an den Grenzen Russlands angekommen. Er sah in Kiew, dass die von ihm als dekadent verachteten westlichen Ideen wie Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte Autokraten hinwegfegen können und er sah die Gefahr für sein Regime und den Vielvölkerstaat Russland und damit den Moment des Eingreifens in der Ukraine gekommen. Zuerst wurde die Krim, die erst 1954 der Ukraine angegliedert worden war, durch russisches Militär besetzt, dessen Einsatz zunächst geleugnet und dann doch eingeräumt wurde. Dann wurde die überwiegend von Russischstämmigen bewohnte Ostukraine systematisch destabilisiert und die Separatisten durch getarnte russische Soldaten massiv unterstützt. Mit dem Abkommen Minsk II vom 12. Februar 2015, das von den Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine ausgehandelt wurde, ist es gelungen, den Konflikt vorläufig zu deeskalieren und einzufrieren. Dessen ungeachtet kommt es immer wieder zu Kampfhandlungen, die die Arbeit der OSZE-Beobachter zunehmend erschweren. Neben einer umfassenden Waffenruhe, der Einrichtung einer Pufferzone, dem Abzug schwerer Waffen, einem Gefangenenaustausch und der Überwachung der Front und der Einhaltung der Vereinbarungen durch die OSZE sollte es auch eine Verfassungsreform zur Dezentralisierung der Ukraine bis Ende 2015 geben. Erst danach sollte die Ukra-

EUROMAIDAN ist eine Bewegung aus der Mitte der Bevölkerung gegen die korrupte Staatsführung von Präsident Janukowytsh.

ressen zu wahren und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu beleben“. Die überraschende Stilllegung des Abkommens war schließlich Auslöser der mehrmonatigen blutigen Demonstrationen und Proteste des sogenannten „Euromaidan“, eine Bewegung aus der Mitte der Bevölkerung und gegen den korrupten Herrschaftszirkel um Präsident Janukowytsh, die sich gegen die Politik der ukrainischen Staatsführung richtete und am 22. Februar 2014 letztlich zum Sturz von Präsident Janukowytsh führte. Die EU erkannte bereits zwei Tage später die Übergangsregierung an und erklärte sich zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nach den Präsidentenwahlen bereit, was unter dem neu gewählten Präsidenten Poroschenko im politischen Teil am 21. März 2014 und im wirtschaftlichen Teil am 27. Juni 2014 geschah. Die Umsetzung der Freihandelsbestimmun-

ine die Kontrolle über ihre Grenze zu Russland im Osten zurückerhalten. Nachdem diese Bedingung bis heute nicht erfüllt wurde, bietet sie Putin die Möglichkeit, weiterhin die besetzten Gebiete im Donbass zu destabilisieren.

Europa sieht sich einem global gestärkten Russland gegenüber

Im Jahr 2016 ist der Ukraine-Konflikt angesichts der Bürgerkriegsauseinandersetzungen und der Ausbreitung des IS in Syrien in den Hintergrund der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gerückt. Zur selben Zeit hat Russland seine Position im Nahen Osten dank der Zurückhaltung der USA konsequent ausgebaut. Putin geht es dabei nicht nur um die Sicherung seiner Stützpunkte in Latakia und Tartus, sondern um die Etablierung Russlands als Garantiemacht der Befriedung Syriens und der Neuordnung des Nahen Ostens. Dieser Wiederaufstieg Russlands als globaler Akteur hat auch Putins Einfluss in Europa gestärkt. Dies dürfte zur Verhärtung der Haltung Russlands im Ukraine-Konflikt beitragen. Einen Vorgesmack davon hat Deutschland mit dem Vorsitz der OSZE im Jahr 2016 bekommen. Trotz seiner Doppelrolle in der OSZE und Partner im Normandie-Format hatte es nur begrenzte Möglichkeiten, das Verhalten Russlands und der Ukraine im Hinblick auf die Umsetzung

der Minsker Beschlüsse zu beeinflussen. Die Zeichen stehen nicht auf einer schnellen Konfliktlösung. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein demokratischer Erfolg in der Ukraine für Putins Machtsystem eine existenzielle Bedrohung darstellen würde. Umso notwendiger bleibt die Geschlossenheit der EU-Staaten in ihrer Politik gegenüber Russland. Erst wenn Minsk II dauerhaft hält und nicht fortwährend gebrochen wird und dies durch die OSZE bestätigt wird, könnte der Westen die wegen der Ostukraine verhängten Sanktionen lockern. Aber auch Kiew muss sich bei der Umsetzung von Minsk II voll engagieren. Hiervon sollte die EU ihre Vergünstigungen und Hilfen an die Ukraine abhängig machen.

Die Ukraine und die sogenannte Östliche Partnerschaft der EU

Die EU muss in der Erkenntnis der strategischen Bedeutung einer selbständigen Ukraine für die Sicherheit Europas alles tun, um die Entwicklung ihres nach Russland größten östlichen Nachbarlandes zu einem regierbaren, wirtschaftlich stabilen Rechtsstaat mit funktionsfähigen Institutionen und innerer Befriedung zwischen der Ost- und Westukraine zu fördern. Es geht dabei auch um die Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft, die im vorletzten Winter auf dem Maidan für eine bessere, eine europäische Ukraine demonstriert und in Wahlen dafür votiert hat.

Die EU hat mit dem Konzept der sogenannten Östlichen Partnerschaft seit 2008 für Zwischeneuropa den Prozess der Annäherung durch Transformation in Osteuropa zu beschleunigen versucht und in diesem Rahmen 2014 mit der Ukraine, Georgien und Moldau Assoziierungsabkommen abgeschlossen.

Russlands Wiederaufstieg als GLOBALER Akteur hat auch Putins Einfluss in Europa gestärkt.

Auf dem EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft im Mai 2015 in Riga wurde dabei das Prinzip der differenzierten Beziehungen bekräftigt. Die EU hatte seit Beginn versucht, Russland einzubeziehen, traf jedoch in Moskau auf – verständliche – Ablehnung. Russland versteht sich nicht als Teil eines EU-Konzepts mit Nachbarländern, die es zu seiner Einflussphäre zählt, sondern fürchtet eine Integrationskonkurrenz. Deshalb muss die EU ihre bisherige Nachbarschaftspolitik generell überprüfen. Die von Russland ausgehende Destabilisierung an der europäischen Peripherie stellt für die EU eine Herausforderung dar, auf die sie konzeptionell reagieren muss.

Der Westen und insbesondere die Europäische Union sehen sich heute mit einem expansiven Russland konfrontiert, das als eines der bedeutendsten Länder der Erde mit einem gewaltigen Nuklearpotenzial gleichwohl unentbehrlich für eine gesamteuropäische Friedensordnung und bei der Lösung internationaler Konflikte ist. Vor diesem Hintergrund muss die Politik der Eindämmung und Sanktionierung des russischen Expansionsdrangs auf Seiten des Westens gleichzeitig von der Bereitschaft zu Verhandlungen und zur diplomatischen Konfliktlösung flankiert werden. Insbesondere könnte Moskau die Perspektive eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion eröffnet werden. Deshalb darf der Gesprächsfaden zu Moskau nicht abreißen und müssen die Kontakte und Verbindungen zu Russland intensiv fortgeführt werden. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind konstitutiv für die weitere europäische und weltpolitische Lage.

Umgehen mit einem Gegenüber, das ein Faustpfand besitzt

Russland hat sich mit der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine ein Faustpfand gesichert, das ihm erlaubt, die weitere innere Entwicklung in der Ukraine entscheidend zu beeinflussen und etwaige internationale Vereinbarungen über die Ukraine mitzubestimmen.

Der Westen muss Putin von den Vorteilen einer KOOPERATION für Russland überzeugen.

men. Das betrifft zum einen, wie Minsk II zeigt, die staatspolitische Gliederung des Landes. Im Kern geht es zum anderen aber um die Frage, ob die Ukraine Bestandteil des Westens wird, ob sie sich der Eurasischen Union Russlands anschließt oder ob sie als Demokratie eine, von allen Seiten akzeptierte neutrale Brücke zwischen Ost und West bilden kann. Es ist aber schlimmstenfalls auch ein „frozen conflict“, eine Teilung und eine dauerhafte Destabilisierung des Landes nicht auszuschließen. Das destruktive Potenzial Russlands ist enorm. Die Antwort darauf hängt vor allem davon ab, ob Putin glaubt, durch Konfrontation mehr gewinnen zu können als durch Kooperation. Hier muss der Westen im Bewusstsein der Überlegenheit seines Modells alles unternehmen, um Putin die Vorteile der Kooperation für Russland deutlich zu machen. Dabei könnte auch an die Wiederaufnahme der Verhandlungen über das

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und des EU-Russland-Dialogs gedacht werden.

Die NATO hat auf die russische Annexion der Krim und die andauernde russische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine 2015/2016 mit einem Programm der politisch-militärischen Rückversicherung insbesondere im Hinblick auf die baltischen Staaten und Polen reagiert. Gegenüber einer hybriden Kriegsführung Russlands ist die NATO dabei, in Europa ihre Abschreckungsbereitschaft und -fähigkeit zu verstärken.

Der Ausschluss Russlands aus dem G8-Kreis der westlichen demokratischen Industrienationen war nach der Okkupation der Krim unvermeidlich. Er lässt sich auch mit Blick auf das Thema Krim mittelfristig kaum ohne Gesichtsverlust für den Westen rückgängig machen. Dazu kamen der Verhandlungsstopp hinsichtlich des Beitritts Russlands zur OECD und zur Internationalen Energieagentur sowie die Absage der EU-Russland-Gipfel. Andererseits bedarf es einer Plattform, auf der auch in Zukunft internationale Fragen unter Einbeziehung Russlands behandelt werden können. Die Antwort darauf ist die wichtigste Voraussetzung, um zu einem Modus vivendi unter Berücksichtigung der Interessen der Europäer und des Westens generell zu kommen. ///



/// REINHOLD BOCKLET, MDL

ist 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags und Mitglied des Petersburger Dialogs, München.